

# INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Oktober - Dezember



**4/2010**

Statistisches Bundesamt

**Informationen aus der amtlichen Statistik**  
**Nr. 4/2010**  
**Oktober - Dezember 2010**

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

**Herausgeber:** Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Dezember 2010

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
Zum Jahresanfang 2011	5
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation	6
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	6
7. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) am 18. November in Luxemburg	6
Bundestagsabgeordneter Michael Hartmann informiert sich über den Zensus 2011	8
Kooperation mit dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China (NBS)	8
Besuch aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF)	8
Unterstützung der Mongolei zur Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele	8
Informationsveranstaltung „Europäisches Statistisches System“	9
Besuch aus dem Bundeswirtschaftsministerium	9
2. Jahresbericht des ESGAB	9
Seminarbesuch der Leiter der regionalen Statistikämter der Russischen Föderation	10
Messe „MODERNER STAAT“ in Berlin	10
Studienbesuch aus Kasachstan	10
Symposium „Was bewegt die Politik – wie relevant ist die Statistik?“ zum Weltstatistiktag	11
Statistische Woche 2010 der Städtestatistiker	11
Besuch des russischen Statistikamtes	12
19. Wissenschaftliches Kolloquium: „Wohlfahrtsmessung - Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“	12
Gerhard-Fürst-Preis 2010	13
Hochschultag Amtliche Statistik: „Schöne neue Datenwelt“	14
EDS gewinnt öffentliche EU-Ausschreibung	14
Neuer Veranstaltungszyklus für Bundestagsfraktionen	14
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Vermögensrechnung	14
41. Tagung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder	14
Vermögensbilanzen neu zusammengestellt	15
Verdienste, Dienstleistungen	15
Neue Erkenntnisse zum Gender Pay Gap	15
IT-Sicherheitsprobleme bei Unternehmen	16
Zensus, Bevölkerung, Finanzen und Steuern	16
Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) geändert	16
Neues Luftverkehrsteuergesetz (LuftVStG) eingeführt	17
Neue Durchführungsverordnung über Volks- und Wohnungszählungen	17
Zensus 2011: Start der Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung	17
Durchschnittliche Kinderzahl je Frau sinkt	18
Umwelt	18
Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2010	18
Gesundheit, Bildung	19
Demografischer Wandel: Zunahme der Engpässe beim Pflegepersonal	19
Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen sind die häufigste Todesursachen bei Kindern	19
Trend zur Höherqualifizierung in der Ausbildung hält an	19
Personalnachrichten	20

## **Anhang**

Tagungskalender

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Dezember 2010

## Zum Jahresanfang 2011



Sehr geehrte Mitglieder des Statistischen Beirats, vor uns liegt ein Jahr mit spannenden Themen und großen Herausforderungen. Jedes Jahr hat seine Eigenheiten. Manches wiederholt sich, wird Routine. Anderes, das Einmalige und das Neue, prägen das Jahr. Den Schwerpunkt in 2011 bildet zweifellos der Zensus. Ebenfalls in das Jahr 2011 fällt der Start des neuen Unternehmensregisters und ich darf zur DGINS-Tagung alle Leiterinnen und Leiter europäischer Statistikämter bei uns in Wiesbaden begrüßen. Darüber hinaus feiert die Statistik zwei wichtige Jubiläen: Vor hundert Jahren wurde die Deutsche Statistische Gesellschaft und vor zehn Jahren wurden die Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder gegründet.

Bereits zu Anfang des Jahres 2010 haben Sie Vorschläge für die Marschrichtung der Bundesstatistik erarbeitet und dem Bundesministerium des Innern als [Eckpunktepapier](#) übergeben. Diese Vorschläge prägen seitdem unsere Initiativen bei der Weiterentwicklung des statistischen Systems und unseres Programms. Zum Umsetzungsstand möchte ich hier nur das Wichtigste in Kürze aufzeigen:

<b>I. Rechtlicher Rahmen</b>	<b>III. Qualität und Methodik</b>
Reformen des rechtlichen Rahmens sind erfahrungsgemäß sehr aufwendige Vorhaben. Die Vorbereitungsarbeiten konzentrieren sich derzeit insbesondere auf die Anpassung des BStatG an die EUStatVO.	Mit Geoinformationssystemen (GIS) werden unsere Daten zukünftig besser visualisiert. Im Jahr 2010 haben wir auf diesem Gebiet weitere Fortschritte erzielt, die teilweise bereits auf dem Fachausschuss Regionalstatistik präsentiert wurden.
<b>II. Entlastung durch effiziente Prozesse</b>	<b>IV. Neue Informationsfelder/Erweiterung bestehender</b>
Die Verwaltungsdatenverwendung wird von unserer Seite weiterhin vorangetrieben. Das überarbeitete Verwaltungsdatenverwendungsgesetz ist im November in Kraft getreten und derzeit arbeiten wir an der Nutzung dieser Daten für die Monatsstatistik im Groß- und KFZ-Handel. Für alle wichtigen Erhebungen werden bereits jetzt Online-Meldeverfahren angeboten oder sind fest eingeplant. Für alle weiteren geeigneten Erhebungen ist die Umsetzung zeitnah vorgesehen. Derzeit sind rund 67 % der geeigneten zentralen Bundesstatistiken mit mindestens einem Online-Verfahren ausgestattet.	Das Statistische Bundesamt engagiert sich auf mehreren Ebenen bei der Umsetzung der vielfältigen Empfehlungen von der sog. Stiglitz-Kommission und der Initiative „BIP und mehr“. Wir sind Mitglied in einer hochrangigen Sponsorship Gruppe des Europäischen Statistischen Systems und allen vier dazugehörigen Task-Forces. Zur Prüfung der Machbarkeit einer Zeitbudgeterhebung hat die Beirats-AG zweimal getagt und ein Grobkonzept verabschiedet, das jetzt den zuständigen Ressorts vorgelegt wurde.

Ich hoffe, das Jahr 2010 war für Sie angenehm und erfolgreich. Für mich war 2010 nicht nur das dritte Jahr meiner Amtszeit als Präsident des Statistischen Bundesamtes, sondern auch ein Jahr voller positiver Trends und Entwicklungen, wichtiger Weichenstellungen und Entscheidungen. Ich möchte mich bei Ihnen auch im Namen aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die wertvollen Impulse und die vielen interessanten Gespräche bedanken und Ihnen versichern, dass wir uns mit allen Kräften für die erfolgreiche Umsetzung der von Ihnen eingereichten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik einsetzen werden.

Vor diesem Hintergrund bleibt mir, Ihnen allen einen guten Start in das Jahr 2011 zu wünschen und freue mich auf ein Wiedersehen im neuen Jahr.

Ihr

Roderich Egeler  
Präsident des Statistischen Bundesamtes

## Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

### Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Am 9. und 10. November 2010 trafen sich auf Einladung des Statistischen Bundesamtes die Amtsleitungen der statistischen Ämter von Bund und Ländern. Die Amtsleiterkonferenz (ALK) ist das höchste Beratungs- und Entscheidungsgremium im Statistikverbund.

An ihrem ersten Sitzungstag behandelte die Amtsleiterkonferenz wichtige strategische Fragen zur Organisation und Arbeitsteilung im nationalen Statistiksistem. Im Vordergrund standen dabei die künftig gestraffte Gremienstruktur und die Zusammenarbeit im Statistikverbund.

Zudem haben die Amtsleitungen die 7. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) am 18. November 2010 vorbesprochen. Dabei ging es insbesondere um die [Komitologieangelegenheiten](#), die Migrationsstatistik, das Jahresarbeitsprogramm 2012 sowie die künftige Prioritätensetzung im Europäischen Statistischen System.

Ebenfalls in der Amtsleiterkonferenz besprochen wurde das Arbeitsprogramm für die amtliche Statistik vor dem Hintergrund der EU-Richtlinie zur Schaffung einer [Geodateninfrastruktur INSPIRE](#) (Infrastructure for Spatial Information in Europe). Hierzu haben die Amtsleitungen die nächsten Arbeitsschritte beschlossen. Diese sind eine juristische Prüfung (Verfügbarkeit, statistische Geheimhaltung, Schutzrechte und so weiter), eine Einbeziehung der Fachstatistiken in die Arbeiten der thematischen Arbeitsgruppen von INSPIRE, die Prüfung der Ergebnisveröffentlichung in nicht administrativen Aggregaten, die Anpassung der Veröffentlichungsstrategie sowie der IT-Infrastruktur.

Des Weiteren wurde beschlossen, den Aufbau eines VGR-Satellitensystems für die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder voranzutreiben.

Auch wichtige fachstatistische Einzelfragen wurden beraten, beispielsweise der Einsatz telefonischer Interviews im Mikrozensus und die Überarbeitung der europäischen Regelung beim Mikrodatenzugang für Forschungszwecke. Außerdem wurde für die Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder ein neues Leistungsverzeichnis und Entgeltmodell verabschiedet.

Mit Blick auf den Ablauf einer Übergangsfrist zur Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zum 1. Mai 2011 hat die Amtsleiterkonferenz beschlossen, statistische Hintergrundinformationen für die Öffentlichkeit bereitzustellen: Die Gemeinschaftspublikation „Sozioökonomische Grunddaten für die 12 EU-Beitrittsländer, Deutschland und die Bundesländer“ soll bis Anfang März 2011 veröffentlicht werden.

Um die Gemeinsame Fortbildung im Statistischen Verbund (GemFo) weiterzuentwickeln, soll nach einem Beschluss der Amtsleiterkonferenz geprüft werden, ob E-Learning- und Blended-Learning-Module eingeführt werden können. Abschließend stellte das Statistische Bundesamt in der Amtsleiterkonferenz die für das Jahr 2011 geplanten Veranstaltungen vor. Besondere Termine sind der Festakt zum zehnjährigen Bestehen der Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder sowie der Fachausschuss „Umweltstatistiken/UGR“. Alle Termine sind auch auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes [www.destatis.de](http://www.destatis.de) in der Rubrik „Services“ unter dem Link „Veranstaltungen“ beziehungsweise „Veranstaltungsankündigungen“ zu finden.

### 7. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) am 18. November in Luxemburg

Der ESS-Ausschuss, das Amtsleitertreffen der Mitgliedstaaten (MS) und Eurostats, findet viermal im Jahr statt. Auf der Tagesordnung standen wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen.

Der ESS-Ausschuss stimmte im Rahmen des Rechtssetzungsverfahrens (Komitologieverfahren) sieben Verordnungsentwürfen und Beschlüssen zu. Diese betrafen insbesondere das Ad-hoc Modul 2012 der Arbeitskräfteerhebung, das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOS) und die Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit, Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Anschließend stellten die Vertreter Eurostats die strategischen Schwerpunkte für das Jahresarbeitsprogramm 2012 vor:

- Weiterverfolgung und systemweite Vertiefung der Maßnahmen zur Implementierung der Eurostat Vision/ Strategie,

- neue statistische Anforderungen, die sich aus der „Wirtschaftspolitischen Steuerung“, „EUROPA 2020“ und „Stiglitz-Sen-Fitoussi“ ergeben,
- Weiterentwicklung der Governance des ESS, z. B. Überprüfung der Mandate der Gremien ESAC und ESGAB,
- Übergang zu einer neuen strategischen Prioritätensetzung für das ESS, die die bisherige Art und Weise der Prioritätensetzung ablösen soll,
- Festlegung und Annahme des Mehrjahresprogramms 2013–2017.

Bezüglich der neuen Prioritätensetzung plant Eurostat, basierend auf der Eurostat Vision/Strategie und politischen Anforderungen, negative Prioritäten für das Arbeitsprogramm des Folgejahres jeweils in der Mai-Sitzung des ESS-Ausschusses vorzuschlagen (Aufhebung von Rechtsakten, Beendigung freiwilliger Datenlieferungen, Vereinfachung von Statistiken). Darüber hinaus sind sog. Sunset-Klauseln (zeitliche Begrenzung von Verordnungen) vorgesehen.

Eurostat stellte bereits konkrete Vorschläge für negative Prioritäten für das Jahresprogramm 2011 (eher vereinzelt Reduktionsvorschläge zu einzelnen Arbeitsthemen sowie Reduzierung der Zahl der Sitzungen um 10% und Einschränkung der Übersetzungsdienste) und das Jahresprogramm 2012 vor. Letztere sind elementarer und beinhalten zum Teil weitreichende Vorschläge, insbesondere die geplante Vereinfachung von Intrastat.

Der ESS-Ausschuss stimmte dem neuen Ansatz einer strategischen Prioritätensetzung im Rahmen der künftigen Programmplanung des ESS zu. Die permanente Überprüfung des statistischen Portfolios wird angesichts der knappen Ressourcen als wichtige Voraussetzung dafür gesehen, dass notwendige Investitionen in Zukunftsmaßnahmen getätigt werden und die statistischen Systeme sich gemäß den politischen Anforderungen weiterentwickeln können. Von Seiten der Mitgliedstaaten wurde angeregt, dass die Direktorengruppen in die aktuelle Diskussion für die Reduzierungsvorschläge 2011/2012 einbezogen werden.

Der ESS-Ausschuss begrüßte den von Eurostat vorgelegten Vorschlag über den konzeptionellen Rahmen zur Einbeziehung der Migrationsstatistik und das flexible, sechs Module umfassende Arbeitsprogramm, das den Mitgliedstaaten freistellt, an welchen Maßnahmen sie teilnehmen wollen. Für Deutschland sind viele Erhebungsmerkmale via Mikrozensus bereits verfügbar und decken die diskutierten Themenbereiche zum großen Teil ab. Deutschland hat

angeboten, seine Erfahrungen in die weitere Entwicklung der Migrationsstatistik auf europäischer Ebene einzubringen.

Mehrere Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, sprachen sich dafür aus, das Mandat und die Arbeiten der Direktorengruppe für Methodik (DIME) zu fokussieren. Die DIME wird den Mai-Sitzungen des ESS-Ausschusses zukünftig ihre Jahres- und Mehrjahresarbeitsprogramme vorlegen. Für 2011 sind als Schwerpunkte die Evaluation der ESSnets, die Koordination mit der IT-Direktorengruppe und die Projektierung der Implementierungsmaßnahmen zur Umsetzung der Vision vorgesehen. Einige Mitgliedstaaten forderten, das Monitoring der ESSnets stärker im DIME-Mandat zu verankern.

Deutschland und andere Mitgliedstaaten äußerten starke Bedenken hinsichtlich der Einführung des delegierten Rechtsakts über die ESVG-Methodik und das Lieferprogramm in die ESVG-Verordnung. Nach Auffassung von Eurostat sollte der seit 1999 andauernde Diskussionsprozess zum neuen ESVG nun abgeschlossen werden. Die neuen ESVG-Regelungen entsprechen dem SNA 2008. Eurostat wird den Verordnungsentwurf nun dem Rat zuleiten, um mit Hilfe der Ratspräsidentenschaften einen Kompromiss erzielen zu können. Die Verabschiedung im Rat und Europäischen Parlament ist für 2012 geplant.

Dem ESS-Ausschuss wurde der Bericht über die jährlichen Fortschritte bei den Verbesserungsmaßnahmen im Zuge der Peer Reviews in den EU- und EFTA-Staaten vorgelegt. Das Monitoring 2010 der Umsetzung der Empfehlungen der Peer Reviews in den Mitgliedstaaten 2006 bis 2008 ergibt einen Umsetzungsstand von 58%. In der nächsten Monitoringrunde im 1. Quartal 2011 soll die Abfrage detaillierter vorgenommen werden, um gezieltere Informationen zu erhalten. Das Monitoring wird sich 2011 auch auf die Einhaltung des Verhaltenskodex bei den anderen nationalen Datenproduzenten beziehen.

Die nächste Sitzung des ESS-Ausschusses findet am 10. Februar 2011 in Luxemburg statt.

## **Bundestagsabgeordneter Michael Hartmann informiert sich über den Zensus 2011**



Am 20. Dezember 2010 besuchte der Bundestagsabgeordnete (MdB) Michael Hartmann das Statistische Bundesamt. Als stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion befasst er sich unter anderem mit den Themenfeldern Datenerhebung, Datensicherheit und Datenschutz. Unter dem Leitmotto „Jeder Mensch zählt – Das Großprojekt Zensus 2011“ wurde MdB Michael Hartmann der Zensus vorgestellt.

Mit Blick auf den Zensus interessierten MdB Hartmann vor allem, woher die Daten kommen, was mit den Einzeldaten passiert und wie sie geschützt werden.

## **Kooperation mit dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China (NBS)**

In der Zeit vom 13. bis 15. Dezember 2010 besuchte eine Delegation des Nationalen Statistikamtes der Volksrepublik China das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Der Besuch fand im Rahmen des seit 1993 bestehenden bilateralen Kooperationsprogramms zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China (NBS) statt. Seit einigen Jahren werden auf Initiative der chinesischen Seite mehrjährige kleinere Projekte zu vereinbarten Fachthemen durchgeführt. Die in der Regel jährlich stattfindenden Gespräche zwischen den Programmverantwortlichen beider Seiten haben zum Ziel, den Sachstand in den Projekten festzustellen und mögliche Themen für künftige Projekte zu besprechen. Zu den vereinbarten Themen finden jährlich mehrere Studienaufenthalte in Deutschland und Beratungseinsätze in China statt. Die beteiligten Fachbereiche des NBS stellen zum Abschluss der Projekte Ergebnisberichte methodischen Inhalts zusammen, die einem breiten Kreis der NBS-Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Die Projekte sind von 2009 bis 2011 terminiert und werden von beiden nationalen Statistikämtern finanziert. Im aktuellen bilateralen Programm werden folgende Projekte bearbeitet:

- Statistikrecht,
- Internet-Datenverbreitung und statistischer Informationsdienst,
- Erwerbstätigenstatistik und
- und Verdienstatistiken.

## **Besuch aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF)**

Im Herbst 2009 beschlossen die Finanzminister der wirtschaftlich stärksten zwanzig Staaten in der Welt (G20) insgesamt zwanzig Empfehlungen zur Verbesserung der Datensituation bzw. für mögliche Maßnahmen zur Schließung von Datenlücken. Diese Empfehlungen sind ein Teil eines Arbeitspaketes, für das verschiedene nationale und internationale Institutionen in mehreren Gremien und Foren Vorschläge entwickeln, um künftig sich abzeichnende Wirtschafts- und Finanzkrisen schneller erkennen zu können. Hauptsächlich sind hierbei die nationalen Zentralbanken betroffen, aber in wichtigen statistischen Teilbereichen auch die nationalen Statistikämter.

Die Leiterin der statistischen Abteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Frau Adelheid Bürgi-Schmelz, besuchte deshalb am 7. Dezember 2010 das Statistische Bundesamt, um einerseits die Erwartungen des IWF an das neue Informationssystem und andererseits die Umsetzung der IWF-Empfehlungen durch das Statistische Bundesamt darzulegen. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass das Statistische Bundesamt mit seinen bisherigen Datenlieferungen die IWF-Anforderungen bereits weitgehend erfüllt. Eine vom IWF vorgeschlagene Verbesserung der Datenlieferung zu Immobilienpreisen (Häuserpreisindex) ist bereits auf europäischer Ebene initiiert. Soweit statistisch zurzeit möglich, berechnen und veröffentlichen das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank gemeinsam sektorale Vermögensbilanzen (gesonderter Bericht auf S. 15 in diesem Heft).

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2771 oder unser [Kontaktformular](#).

## **Unterstützung der Mongolei zur Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele**

Wie wir bereits im letzten Heft berichteten wird das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem koreanischen Statistikamt das nationale Statistikamt der Mongolei dabei unterstützen, das mongolische Statistiksystem internationalen Standards anzupassen und damit verlässliche Daten den internationalen Geberorganisationen zu liefern. Durch diese Unterstützung soll das Millennium-Entwicklungsziel der Vereinten Nationen erreicht werden, die Armut bis 2015 in der Mongolei zu halbieren. Anfang Dezember wurde nun gemeinsam mit den verantwortlichen mongoli-

schen Projektpartnern der Arbeitsplan für die vierjährige Zusammenarbeit erarbeitet und verabschiedet.

## Informationsveranstaltung „Europäisches Statistisches System“

Das Statistische Bundesamt wurde mit der im März 2009 verabschiedeten EU-Statistik-Verordnung als nationale Kontaktstelle für Eurostat benannt und koordiniert alle anderen nationalen Produzenten, die europäische Statistiken erstellen und an Eurostat liefern.

In Deutschland wurden die Statistischen Ämter der Länder, Bundesministerien und Bundesbehörden (z. B. das Kraftfahrt-Bundesamt) als zuständige nationale Stellen für europäische Statistiken benannt.

Im Rahmen dieser neuen Koordinierungsrolle hatte das Statistische Bundesamt die Bundesministerien und Bundesbehörden, die europäische Statistiken erstellen, am 24. November 2010 zu einer Veranstaltung eingeladen. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden über neue Entwicklungen (u. a. Qualitätssicherung, Standards für den Datenaustausch, neue politische Initiativen auf europäischer Ebene) informiert.

## Besuch aus dem Bundeswirtschaftsministerium

Als einer der wichtigsten Nutzer der Bundesstatistik besuchten am 19. November 2010 Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Ministerialdirektor Dr. Alexander Groß leitet die Abteilung I „Wirtschaftspolitik“ des BMWi, Ministerialrat Dr. Mathias Bruch das in Bonn angesiedelte Referat I C 4 „Wirtschafts- und strukturpolitische Forschung, Statistik“.

Etwa die Hälfte der Kosten der Statistikproduktion fallen für Statistiken in der Fachaufsicht des BMWi an. Darunter sind die Außenhandelsstatistik und die meisten Unternehmensstatistiken.

Ein wichtiges Gesprächsthema mit Dr. Groß und Dr. Bruch war die Einführung einer einheitlichen Wirtschaftsnummer für Unternehmen, ein Projekt der Steuerverwaltung, bei dem sich das Statistische Bundesamt vom BMWi Unterstützung gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen erhofft.

In der Außenhandelsstatistik ist es ebenfalls die Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung, die hinsichtlich der

Entlastung von statistischen Meldepflichten Chancen bietet. Im Idealfall bräuchten viele Unternehmen, die innergemeinschaftlichen Handel mit EU-Ländern betreiben, gar keine spezielle Meldung zur Intrahandelsstatistik mehr abzugeben.

Immer wieder bewirbt sich das Statistische Bundesamt beim BMWi auch für eine größere materielle Unterstützung. Die Leistungen des Statistischen Bundesamtes für das BMWi sind umfangreich und vielseitig. Durch die Sparvorgaben im Zuge der Haushaltskonsolidierung lässt sich der Umfang dieser Leistungen immer schwerer aufrecht erhalten. Auch das war ein Thema des Besuchs.

Ganz aktuell und unverzichtbar bei hochrangigen Gesprächen: Die neuesten statistikrelevanten Entwicklungen in der EU. Hier geht es um die Suche nach geeigneten Indikatoren zur Überwachung politischer Ziele, um wachsende Anforderungen an die Datenqualität – etwa Aktualität der BIP-Zahlen – und um verschärfte Anforderungen an statistische Daten, die für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der europäischen Währungsunion wichtig sind.

## 2. Jahresbericht des ESGAB



Das European Statistical Governance Advisory Board (ESGAB) legte am 18. November 2010 offiziell seinen [zweiten Jahresbericht 2010](#) dem

Europäischen Parlament und dem Rat vor.

Das Gremium, bestehend aus sieben hochrangigen und unabhängigen Statistikexperten der EU-Mitgliedstaaten, beobachtet die Einhaltung des Verhaltenskodex (Code of Practice) im Europäischen Statistischen System (ESS) und trägt so zur Qualität und Unabhängigkeit der europäischen amtlichen Statistik bei. Deutsches Mitglied ist Johann Hahlen, Staatssekretär a. D. und ehemaliger Präsident (Amtszeit von 1995 bis 2006) des Statistischen Bundesamtes.

## **Seminarbesuch der Leiter der regionalen Statistikämter der Russischen Föderation**

Am 15. November 2010 startete in Bonn das letzte von vier zweiwöchigen Seminaren für je 20 Leiter der regionalen Statistikämter der Russischen Föderation. Dieser Kurs könnte auch unter das Motto „im April gestartet – im November angekommen“ gestellt werden, nachdem der ursprünglich für April 2010 geplante Termin aufgrund der Aschewolke über Europa ausfallen musste. Da der Bevölkerungszensus in der Russischen Föderation im Sommer dieses Jahres durchgeführt wurde und deshalb kein früherer Termin möglich war, wurde das noch ausstehende Seminar nun nachgeholt. Die Seminare fanden im Rahmen des von der Weltbank finanzierten Projektes „STASYS II – Zweites Projekt zur Weiterentwicklung des staatlichen Statistiksystems der Russischen Föderation“ statt. Unter dem Themenbereich „Qualitätsmanagement in der amtlichen Statistik“ wurden wie bei den vorangegangenen Seminaren schwerpunktmäßig die nachfolgenden Themen bearbeitet:

- Total Quality Management – Einführung in Grundlagen und Rahmenbedingungen,
- Statistische Programmplanung, Controlling von Terminen und Meilensteinen,
- Spezieller Datenverbreitungsstandard (SDDS) des Internationalen Währungsfonds,
- Personalentwicklung,
- regionale und kommunale Aspekte des Qualitätsmanagements mit Exkursion zum Hessischen Statistischen Landesamt und dem Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Mainz,
- EU-Qualitätsberichte und Metadatenprojekte,
- Qualitätsmanagement bei Veröffentlichungen und in der Zusammenarbeit mit Medien,
- die Rolle von Eurostat im europäischen Statistiksystem und beim Qualitätsmanagement mit Exkursion nach Luxemburg sowie
- praktische Beispiele des Qualitätsmanagements in ausgewählten statistischen Fachbereichen (Preisstatistik, Unternehmensregister, Haushaltsbefragungen).

## **Messe „MODERNER STAAT“ in Berlin**

Die Kongressmesse MODERNER STAAT ist seit 14 Jahren der Treffpunkt für die Entscheidungsträger des öffentlichen Sektors. Nur hier treffen sich einmal im Jahr die Fach- und Führungskräfte von Bund, Ländern und Kommunen aus

ganz Deutschland. Sie stellen die strategischen Weichen für die Reformen der nächsten Jahre. 215 Aussteller präsentierten Produkte und Lösungen für die moderne Verwaltung.

Das Statistische Bundesamt war auch in diesem Jahr wieder dabei. Zusammen mit dem Bundesamt für Kartografie und Geodäsie wurden u. a. neue interaktive Karten in GENESIS präsentiert: Jede kartenfähige Tabelle in GENESIS-Online/Bund kann über interaktive Karten visualisiert werden. Hierzu erscheint nach dem Werteabruf einer Tabelle ein entsprechender Button. Die erzeugten Karten können anschließend vom Nutzer vielfältig nach eigenen Wünschen, z. B. hinsichtlich Klassifizierung und Farbgebung, angepasst werden. Die Leiterin der Abteilung O im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektorin Beate Lohmann, und ihr Stellvertreter, Ministerialdirigent Dr. Georg Thiel, überzeugten sich selbst im Rahmen eines Besuches am Messestand des Statistischen Bundesamtes von diesem neuen Angebot.

Dem Beginn der Informationskampagne zum Zensus 2011 wurde auch auf der Kongressmesse „MODERNER STAAT“ Rechnung getragen. Experten aus dem Zensus-Fachbereich standen interessierten Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort zu diesem Großprojekt der amtlichen Statistik. Die Inhalte der Homepage [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de), die mit allen technischen Möglichkeiten der modernen Inhaltsgestaltung ausgerüstet ist, wurden an einem Großbildschirm besonders hervorgehoben.

## **Studienbesuch aus Kasachstan**

Die Unternehmensstatistiken im Dienstleistungsbereich, die IKT-Erhebung in Unternehmen sowie Erhebungen im Telekommunikations- und Verkehrsbereich waren Inhalte eines fünftägigen Studienbesuchs von zwei Kolleginnen aus dem kasachischen Statistikamt (KAZSTAT). Im Mittelpunkt der Beratungen vom 18. bis 22. Oktober 2010 stand eine von KAZSTAT durchgeführte Pilotstudie zur Einführung einer Stichprobenerhebung im Dienstleistungsbereich. Des Weiteren wurden die in Deutschland angewandten Erhebungsmethodiken in der Struktur- und Konjunkturerhebung im Dienstleistungsbereich sowie stichprobentheoretische Fragestellungen diskutiert.

## **Symposium „Was bewegt die Politik – wie relevant ist die Statistik?“ zum Weltstatistiktage**

Auf Initiative der Vereinten Nationen wurde am 20. Oktober 2010 erstmals der Weltstatistiktage begangen. In über 100 Ländern der Erde fanden aus diesem Anlass Aktionen statt, um auf die wichtige Rolle der amtlichen Statistik für Politik und Gesellschaft aufmerksam zu machen.

Das Statistische Bundesamt veranstaltete anlässlich dieses Tages im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) ein Symposium unter dem Motto „Was bewegt die Politik – wie relevant ist die Statistik?“. Das Thema der Veranstaltung stieß auf eine rege Resonanz. Rund 60 Repräsentanten aus politischen Institutionen, wie dem Deutschen Bundestag, den Bundesressorts und ausländischen Botschaften, aus dem Statistischen Beirat sowie aus den Medien nahmen an diesem Symposium teil.

In einem einleitenden Impulsreferat illustrierte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, die politische Relevanz der amtlichen Statistik am Beispiel der für tagesaktuelle Ereignisse bereitgestellten Daten. Dabei wurde das Spannungsfeld zwischen Politik und Statistik verdeutlicht, in dem die Statistik einerseits zunehmend an politischer Bedeutung gewinnt, andererseits aber ihre Neutralität und Unabhängigkeit bewahren muss.

Der erste Themenblock des Symposiums befasste sich mit der Messung von Fortschritt, Wohlbefinden und nachhaltiger Entwicklung. Mehrere hochrangige Referenten, unter anderem Staatsminister Eckart von Klæden aus dem Bundeskanzleramt sowie Experten aus der Wirtschaft und der amtlichen Statistik, brachten ihre Vorstellungen und Anforderungen an die amtliche Statistik im Hinblick auf die Erfolgsmessung politischer Maßnahmen mit relevanten Indikatorensystemen zum Ausdruck. Den Abschluss des ersten Thementails bildete die Online-Präsentation des Web-Portals des Statistischen Bundesamtes zur internationalen Statistik ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)), das anlässlich des Weltstatistiktages um eine Sonderseite zu den G20-Staaten erweitert wurde.

Der zweite Themenblock widmete sich dem zentralen Statistikvorhaben im kommenden Jahr, dem Zensus 2011, und befasste sich mit den Erwartungen der Gesellschaft an diese Großzählung. In einem einleitenden Referat machte Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe aus dem Bundesministerium des Innern deutlich, wie das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 die Vorbereitung, Durchführung und Methodik des bevorstehenden Zensus 2011 beeinflusst hat. In einem weiteren Vortrag

stellte das Statistische Bundesamt das neue Zensusmodell und dessen Verfahrenskomponenten vor. Neben dem Vorsitzenden der Zensuskommission, Prof. Dr. Gert G. Wagner, der über die gesellschaftliche Bedeutung des Zensus 2011 referierte, kamen auch kritische Stimmen aus dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung zu Wort und legten die aus ihrer Sicht datenschutzrechtlichen Bedenken gegen das Vorhaben dar.

Beide Themenblöcke mündeten in eine lebhaft Podiumsdiskussion, an der auch die Teilnehmer mitwirkten.

Das Symposium endete mit einem Schlusswort des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, in dem er allen Rednern, Teilnehmern und Organisatoren sowie den Gastgebern des WZB für die gelungene Veranstaltung dankte.

## **Statistische Woche 2010 der Städtestatistiker**

Im Mittelpunkt der Statistischen Woche der Städtestatistiker, die vom 11. bis 14. Oktober 2010 in München stattfand, stand das Thema „Information und Raum“. In den Vorträgen und Diskussionen dieser Fachtagung wurde dabei inhaltlich ein weiter Bogen gespannt: Er reichte von der Georeferenzierung, der Geodateninfrastruktur, Raumabgrenzungen und Rastern, raumbezogenen Analysen über die thematische Kartografie und Visualisierung, neueren Analysen zur Demografie von Migrantinnen und Migranten bis hin zur europäischen Regional- und Städtestatistik und zum Zensus 2011.

In der Eröffnungsveranstaltung hielt der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, einen Vortrag zum Thema „Georeferenzierung und Zukunft der Regionalstatistik, Herausforderungen für die amtliche Statistik“. Ausgangspunkt war, dass kleinräumige statistische Daten im Internetzeitalter immer mehr an Bedeutung gewinnen, wie auch der Fachausschuss Regionalstatistik am 29. und 30. Juni 2010 im Statistischen Bundesamt gezeigt hatte (siehe den Beitrag von Dr. Susanne Schnorr-Bäcker: [„Aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der Regionalstatistik“](#) in WiSta 8/2010, Seite 770 ff.).

Für die amtliche Statistik mit ihrem breiten und tiefen Angebot an statistischen Daten und Zeitreihen ist die Darbietung kleinräumiger Daten bislang in der Regel auf administrative Einheiten (wie Bundesländer, Kreise, Gemeinden) beschränkt. Die Landwirtschaftszählung 2010 ist die erste und derzeit einzige amtliche statistische Erhebung, für die eine darüber hinausgehende gesetzliche Regelung existiert. Hier dürfen georeferenzierte Angaben, die Lage-

koordinaten, dauerhaft gespeichert und ausgewertet werden. Das Statistische Bundesamt präferiert eine allgemeine gesetzliche Regelung für das Erheben, Verarbeiten und Veröffentlichen von georeferenzierten Daten, das heißt eine Anpassung des Bundesstatistikgesetzes. Die statistische Geheimhaltung ist in vollem Umfang zu gewährleisten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten der amtlichen Statistik auf regionalstatistischer Ebene ist die fachliche und technische Mitarbeit beim Aufbau neuer webbasierter Dienste im Kontext mit der Umsetzung von INSPIRE, der europäischen Richtlinie zum Aufbau von Geodateninfrastrukturen. Diese wird in Deutschland in den Geodatenzugangsgesetzen des Bundes sowie der Länder umgesetzt. Der Aufbau einer nationalen Geodateninfrastruktur ist damit eng verbunden und wird federführend von der Geschäftsstelle der GDI-DE (Geodateninfrastruktur Deutschland) beim Bundesamt für Kartografie und Geodäsie betreut. Schließlich ist noch das „Open Government“-Projekt der Bundesregierung zu erwähnen, das auch im Rahmen europaweiter und internationaler Initiativen von Bedeutung ist. Das Statistische Bundesamt bietet bereits mehr als 1 000 Tabellen für rund 200 Statistiken im Sinne von „Open Data“ an.

Die Weiterentwicklung des regionalstatistischen Programms ist ein wichtiges Anliegen der statistischen Ämter von Bund und Ländern. In der Regionaldatenbank Deutschland im Statistik-Portal der statistischen Ämter stehen rund 600 Tabellen für 57 Statistiken für Kreise und Gemeinden zur Verfügung. Dieses Angebot wird ständig erweitert. In Kürze wird eine webbasierte kartografische Anwendung des Statistischen Bundesamtes vorgestellt, die in noch besserer Form als im bisherigen Regionalatlas möglich, kartografische Darstellungen und verbesserte Analysemöglichkeiten für die im Informationssystem GENESIS-Online enthaltenen Regionaldaten bietet.

### **Besuch des russischen Statistikamtes**

Bereits seit den 1990er Jahren kooperieren das Statistische Bundesamt und das russische Statistikamt ROSSTAT. Vom 6. bis 8. Oktober 2010 besuchte eine russische Delegation das Statistische Bundesamt und informierte sich schwerpunktmäßig zum Thema Güter- und Produktklassifikationen. Experten vom Statistischen Bundesamt stellten den Besuchern den neuesten Stand der methodischen Ent-

wicklungen in der amtlichen Statistik und deren Anpassung an die Anforderungen von Eurostat vor.

### **19. Wissenschaftliches Kolloquium: „Wohlfahrtsmessung - Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“**

Am 11. und 12. November 2010 fand im Museum Wiesbaden das 19. gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) veranstaltete wissenschaftliche Kolloquium statt. Das Thema war „Wohlfahrtsmessung - Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“. Der Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission zeigt einerseits die Grenzen des Bruttoinlandsprodukts als Indikator für wirtschaftliche Leistung und sozialen Fortschritt auf. Andererseits gibt er aber auch Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Statistik. Ziel ist hierbei eine zukunftsfähige, glaubwürdige und belastbare statistische Berichterstattung über den gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Empfehlungen der Kommission betreffen drei Teilbereiche:

Der erste Teil beschäftigt sich – sozusagen systemimmanent – mit den Methoden und Aggregaten der BIP Berechnung. Schon hier wird deutlich, dass ein Mehr an gesamtwirtschaftlicher Produktion, wie sie im BIP erfasst wird, nicht unbedingt mit einem gleich hohen Mehr an gesellschaftlicher Wohlfahrt einhergehen muss. Viele Aspekte, die nach Auffassung der Kommission für die Lebensqualität der Menschen einer Gesellschaft von großer Bedeutung sind, werden im Bruttoinlandsprodukt nicht erfasst. Hier sind zusätzliche Indikatoren erforderlich, die das BIP ergänzen.

Deshalb macht die Kommission im zweiten Teil ihres Berichts eine Reihe von Empfehlungen, wie die verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität mit Hilfe von Indikatoren erhoben und statistisch dargestellt werden können.

Der dritte Teil befasst sich mit den Aspekten der Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und vor allem mit den Problemen von Umwelt und Klima.

Moderiert wurde das Kolloquium von Albert Braakmann, dem Leiter der Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten“ im Statistischen Bundesamt, der auch in die Thematik einführte.

Die Fachvorträge des Kolloquiums folgten dann den drei Teilbereichen des Berichts der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Eröffnet wurden die Fachvorträge mit zwei Referaten zu den Methoden der BIP-Berechnung.

Norbert Schwarz und Florian Schwahn vom Statistischen Bundesamt informierten über die Einkommenskonzepte in der amtlichen Statistik. Die Einkommensverteilung in Deutschland war Thema des Vortrags der empirischen Verteilungsforscherin Dr. Irene Becker.

Dem Bereich der Lebensqualität waren ebenfalls zwei Vorträge gewidmet. Thomas Körner vom Statistischen Bundesamt stellte Indikatoren zur Qualität von Erwerbstätigkeit vor. Prof. Dr. Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über demografischen Wandel, Alterung und Lebensqualität.

Zum Abschluss des ersten Tages fand im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums die feierliche Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises 2010 (für nähere Informationen siehe nachfolgenden Artikel) durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, statt.

Zum dritten Bereich des Kommissionsberichts Umwelt und Nachhaltigkeit wurden am zweiten Tag drei Vorträge gehalten. Michael Kuhn vom Statistischen Bundesamt berichtete über deutsche Nachhaltigkeitsindikatoren und die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Frank Hönerbach vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit stellte anschließend den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vor. Prof. Dr. Georg Müller-Fürstenberger von der Universität Trier ging in seinem Vortrag zu „Environmental Accounting“ besonders auf die Rolle von berechenbaren allgemeinen Gleichgewichtsmodellen ein.

Zum Abschluss der Veranstaltung stellte Walter J. Radermacher, der Generaldirektor des europäischen Statistikamtes Eurostat, unter der Überschrift „GDP and beyond“ die europäische Perspektive zu den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission vor.

Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Wissenschaft, Forschung, Lehre, Politik, Verwaltung und Statistik haben an dieser Veranstaltung teilgenommen. Als Tagungsdokumentation stehen die Folienpräsentationen und das Programmheft mit den Kurzfassungen der Vorträge unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) in der Rubrik „Wissenschaftsforum“ als kostenfreie Downloads zur Verfügung.

## Gerhard-Fürst-Preis 2010

Das Statistische Bundesamt hat in diesem Jahr zum zwölften Mal eine herausragende wissenschaftliche Arbeit mit dem [Gerhard-Fürst-Preis](#) prämiert. Zwei weitere Arbeiten wurden mit einem Förderpreis für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet.

In der Kategorie Dissertationen wurde die Arbeit von Herrn Dr. Jörg Drechsler zum Thema „Generating Multiply Imputed Synthetic Datasets: Theory and Implementation“ als herausragende Leistung bewertet und mit dem mit 5 000 Euro dotierten Gerhard-Fürst-Preis 2010 ausgezeichnet. Entstanden ist diese Dissertation bei Frau Professor Dr. Susanne Rässler an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Mit einem – jeweils mit 1 000 Euro – dotierten Förderpreis des Statistischen Bundesamtes prämiert wurden in der Kategorie Diplom-/Magisterarbeiten die an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz geschriebene Magisterarbeit von Frau Ulrike Rudolphi mit dem Titel „Determinanten betrieblicher Weiterbildungsaktivitäten im Branchenkontext. Mehrebenenanalysen auf Basis der CVTS3-Daten“ sowie die Diplomarbeit von Herrn Daniel Kemptner zum Thema „Non-monetary returns to education – estimating the causal effect of education on health and health-related behavior“, die an der Universität Mannheim entstanden ist. Das Statistische Bundesamt nimmt die Auszeichnungen auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Überreicht wurden die Preise von Präsident Egeler auf dem 19. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Wohlfahrtsmessung – Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 11. und 12. November 2010 in Wiesbaden veranstaltete. Die Laudationes auf die prämierten Arbeiten wurden vom neuen Vorsitzenden des Gutachtergremiums, Professor Dr. Ullrich Heilemann von der Universität Leipzig, gehalten. Die Laudationes werden in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ nachzulesen sein. Die Preisträger berichten Anfang nächsten Jahres ausführlich in dieser Zeitschrift über ihre Arbeiten. Die Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis, insbesondere auch zu den Teilnahmebedingungen, sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter der Rubrik „Wissenschaftsforum“ [www.destatis.de](http://www.destatis.de) zu finden (gesonderter Bericht auf Seite 12 in diesem Heft).

## Hochschultag Amtliche Statistik: „Schöne neue Datenwelt“



Am 5. November 2010 veranstaltete das Forschungsdatenzentrum gemeinsam mit der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg den 4. Hochschultag Amtliche Statistik mit dem

Untertitel „Schöne neue Datenwelt?“. Die Veranstaltung in der Hochschulaula wurde von knapp 250 Studierenden und Hochschulmitarbeitern besucht.

Nach der Begrüßung durch den Rektor, Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer, und den Dekan, Prof. Dr. Dieter K. Tscheulin, der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg wurde der Themenblock „Zensus 2011 – Wie zählt man Bevölkerung?“ durch einen Vortrag von Dr. Heike Wirth (GESIS) aus Sicht der Wissenschaft eröffnet. Danach stellte eine Vertreterin des Statistischen Bundesamtes die Durchführung des Zensus 2011 im Statistischen Bundesamt vor.

Im zweiten Themenblock wurde durch Stefan Bender (IAB) der Zugang zu amtlichen Daten an den Forschungsdatenzentren aufgezeigt. Mit einem Augenzwinkern brachte er den Studierenden die Arbeit mit amtlichen Daten näher, indem er den Einfluss des Sternzeichens auf das Einkommen untersuchte. Einen direkten signifikanten Zusammenhang zwischen dem Sternzeichen und dem Einkommen konnte er aber leider nicht feststellen.

Der letzte Teil des Hochschultages befasste sich mit dem „Future Data Access“. Hierzu referierte der Leiter des Forschungsdatenzentrums, Dr. Markus Zwick, unter dem Titel „Schöne neue Datenwelt?“ über künftige Datenzugangswege, gefolgt von einem weiteren Vortrag vom Statistischen Bundesamt zur Visualisierung statistischer Daten.

Dieser Hochschultag bot zahlreiche Gelegenheiten zu fachlichen Diskussionen mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs und kann als Wegweiser für die Durchführung weiterer erfolgreicher Hochschultage gesehen werden. Der nächste Hochschultag ist für den 24. Januar 2011 in Wiesbaden vorgesehen.

## EDS gewinnt öffentliche EU-Ausschreibung



Seit 1. Oktober 2010 ist der Europäische Datenservice (EDS) vom Statistischen Bundesamt für weitere vier Jahre der offizielle deutsch-

landweite Ansprechpartner für alle Fragen zur amtlichen europäischen Statistik. Neu ist, dass der EDS für

deutschsprachige Anfragen aus den Nachbarländern verantwortlich ist.

Die Aufgaben bestehen aus:

- Dem „user support“, der schriftlich oder telefonisch Kunden-Anfragen bearbeitet, sowie
- den „promotional activities“, mit denen die Öffentlichkeitsarbeit für die amtliche europäische Statistik im deutschsprachigen Raum betrieben wird.

Dafür wird der EDS von Eurostat vollfinanziert. Für die Arbeiten gelten strenge Qualitätskriterien, die Eurostat, z. B. in Form von Test-Anfragen und Quartalsberichten, regelmäßig überprüft.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unser [Kontaktformular](#).

## Neuer Veranstaltungszyklus für Bundestagsfraktionen

Am 20. September 2010 startete der i-Punkt eine weitere Runde seiner Informationsveranstaltungen – inzwischen die vierte seit Bestehen des i-Punkt – für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und die Mitglieder des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode. Der erste Termin fand für die CDU/CSU-Fraktion im Fraktionssitzungssaal im Reichstagsgebäude statt.

Präsident Roderich Egeler und Dr. Sabine Bechtold stellten das Statistische Bundesamt und sein zurzeit größtes Projekt – den Zensus 2011 – vor. Des Weiteren wurden das Statistikangebot und die Dienstleistungen, auf die die rund 60 anwesenden Teilnehmer zugreifen können, präsentiert.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-9445 oder unser [Kontaktformular](#).

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Vermögensrechnung

### 41. Tagung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Die 41. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) fand vom 27. bis 28. Oktober 2010 in Bonn statt.

Zentrales Thema der 41. Tagung war die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011. Neben der

Einführung der Wirtschaftszweigsystematik 2008 (WZ 2008) sollen in den VGR methodische Verbesserungen im Rahmen der Revision realisiert werden. Der Arbeitskreis diskutierte die vorgelegten Proberechnungen und verständigte sich bei den Kreisberechnungen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf eine Bottom-up-Berechnung im Ausbaugewerbe. Um weiteren Revisionsbedarf auf Kreisebene zu realisieren, beschloss der AK VGR d L die Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe „Revision Kreisberechnung“. Einzelheiten der Matrix für die Umrechnung der VGR-Ergebnisse nach WZ 2008 wurden detailliert besprochen.

Die Arbeitsgruppe „Dienstleistungen“ des AK VGR d L stellte die Ergebnisse der 9. Sitzung mit Empfehlungen zum methodischen Vorgehen im Rahmen der Originärberechnung des BIP 2008 sowie zum Handlungsbedarf hinsichtlich der weiteren Integration der Ergebnisse der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich (SiD) in die Berechnungen der regionalen VGR vor.

Die 42. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz ausgerichtet. Sie wird vom 13. bis 14. April 2011 in Bad Ems stattfinden.

## **Vermögensbilanzen neu zusammengestellt**

Gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank stellt das Statistische Bundesamt in der neuen Veröffentlichung „Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1992 – 2010“ aktuell verfügbare Daten zum Sach- und Geldvermögen für Sektoren und die gesamte Volkswirtschaft bereit. Die gemeinsame Publikation bietet eine kundenfreundliche Zusammenfassung der von beiden Institutionen ermittelten Daten zu integrierten Vermögensbilanzen.

In der Veröffentlichung werden sowohl das Sachvermögen, welches durch das Statistische Bundesamt ermittelt wird, als auch das durch die Deutsche Bundesbank berechnete Geldvermögen dargestellt. Methodische Grundlage ist stets das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Dieses statistische Rahmenwerk ist verbindlich für alle Länder der Europäischen Union und differenziert das Gesamtvermögen grundsätzlich in Sach- und Geldvermögen. Es enthält darüber hinaus Vorgaben zur einheitlichen Abgrenzung von Vermögensgütern, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie institutionellen Sektoren. Die vorliegende Zusammenfassung dieser beiden, bislang nur getrennt publizierten, Komponenten zu integrierten Vermögensbilanzen stellt das – statistisch

erfasste – Vermögen auf sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Ebene damit nahezu vollständig dar. Defizite gibt es lediglich im Bereich des Sachvermögens. Hier liegen nicht für alle im ESGV 1995 definierten Vermögensgüter Angaben vor. So sind weder für das Vorratsvermögen und das Vermögen an Wertsachen, noch zu den über das bebaute Land hinausgehenden nichtproduzierten Vermögensgütern wie Bodenschätzen, Wasservorräten und Ähnlichem entsprechende Daten verfügbar.

Die neue Veröffentlichung steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

## **Verdienste, Dienstleistungen**

### **Neue Erkenntnisse zum Gender Pay Gap**

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt „Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen“ führte zu neuen Erkenntnissen zum Gender Pay Gap. Datengrundlage der Berechnungen war die Verdienststrukturhebung 2006 mit Angaben von 3,1 Millionen Beschäftigten. Als erklärende Faktoren beziehungsweise Eigenschaften wurde die potenzielle Berufserfahrung, der Ausbildungsabschluss, die Leistungsgruppe (berufliche Position), die Beschäftigungsart (Vollzeit/Teilzeit), die Art des Arbeitsvertrags (befristet/unbefristet), der Beruf, der Wirtschaftszweig, die Tarifbindung des Beschäftigten, der Einfluss der öffentlichen Hand auf das Unternehmen, die Unternehmensgröße, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit und die regionale Verortung des Betriebes (Ost/West; Ballungsraum/kein Ballungsraum) einbezogen.

In den vergangenen Jahren lag der Gender Pay Gap in Deutschland konstant bei 23%, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 23% geringer aus als der von Männern. Nach den neuen Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Verdienststrukturhebung 2006 sind rund zwei Drittel des Gender Pay Gap auf strukturell unterschiedliche arbeitsplatzrelevante Merkmale von Männern und Frauen zurückzuführen. Die wichtigsten Unterschiede sind dabei die zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern ungleiche Besetzung von Positionen sowie die zwischen den Geschlechtern unterschiedlich ausfallende Berufsbeziehungsweise Branchenwahl. Darüber hinaus sind

Frauen eher teilzeitbeschäftigt und tendenziell schlechter ausgebildet.

Das verbleibende Drittel des Gender Pay Gap lässt sich nicht auf strukturell unterschiedliche arbeitsplatzrelevante Merkmale zurückführen. Bezogen auf den für 2006 veröffentlichten Gender Pay Gap lag der um den Einfluss dieser Merkmale statistisch bereinigte Verdienstunterschied bei rund 8%. Dies bedeutet, dass Frauen auch bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit je Stunde durchschnittlich 8% weniger als Männer verdienen. Dieser Wert stellt insofern eine Obergrenze dar, als einige weitere Faktoren, die zur Erklärung des Verdienstunterschieds beitragen könnten, in der Analyse nicht berücksichtigt werden konnten, da entsprechende Angaben nicht vorlagen.

Ein überraschendes Ergebnis brachte der Ost-West-Vergleich: Der unbereinigte Gender Pay Gap lag 2006 im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) bei 24%, in den neuen Bundesländern lediglich bei 6%. Für den bereinigten Verdienstunterschied ergibt sich dagegen ein umgekehrtes Bild: In den neuen Ländern überstieg der bereinigte Gender Pay Gap (12%) den des früheren Bundesgebiets (8%), denn entgegen der Erwartung lag der bereinigte Gender Pay Gap in den neuen Ländern höher als der unbereinigte. Dies lässt sich damit erklären, dass in den neuen Ländern beschäftigte Frauen arbeitsplatzrelevante Merkmale aufwiesen, die rechnerisch einen höheren Durchschnittsverdienst als den der Männer rechtfertigen würden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2696 oder unser [Kontaktformular](#).

## IT-Sicherheitsprobleme bei Unternehmen

Im Jahr 2009 waren in Deutschland 11% der Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten von akuten Sicherheitsproblemen im Zusammenhang mit ihren Informations- und Kommunikationssystemen betroffen.

Der Großteil dieser Unternehmen (74%) gab an, dass aufgrund von Hard- oder Softwarefehlern Daten zerstört oder verändert worden sind und bestimmte IKT-Dienste nicht verfügbar waren. Bei 28% der Unternehmen führten Schadsoftware oder nicht autorisierte Zugriffe zur Veränderung beziehungsweise Zerstörung von Daten. Relativ geringe Probleme (3%) gab es dagegen hinsichtlich der Enthüllung vertraulicher Daten aufgrund von unbefugtem Eindringen in das System sowie Pharming- oder Phishing-Angriffen. Bei 11% der Unternehmen mit Sicherheitsprob-

lemen wurde das Offenlegen vertraulicher Daten durch die eigene Belegschaft verursacht.

Da auch durch fehlerhaftes Verhalten der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit IKT Sicherheitsprobleme entstehen, wurden im Rahmen der Erhebung zur Nutzung von IKT in Unternehmen erstmals für das Berichtsjahr 2010 auch die mitarbeiterbezogenen Maßnahmen der Unternehmen untersucht. Danach führt jedes vierte Unternehmen (25%) mit zehn und mehr Beschäftigten obligatorische Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema IKT-Sicherheit durch. Sie sollen die Belegschaft für die Gefahren im Umgang mit den IKT-Systemen sensibilisieren und auf die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der IKT-Sicherheit hinweisen. 37% der Unternehmen informieren ihre Beschäftigten in freiwilligen Schulungen oder stellen die Sicherheitsrichtlinien im Intranet oder per Rundschreiben bereit. Die Möglichkeit, den korrekten Umgang sowie spezielle Sicherheitsvereinbarungen in konkreten Verträgen festzuhalten, wird bereits von 36% der Unternehmen genutzt.

In Bezug auf technische Sicherheitsvorkehrungen gaben 42% der Unternehmen an, eine strenge Passwort-Authentifizierung einzusetzen. Bei 4% der Unternehmen erfolgt die Nutzeridentifizierung und -authentifizierung mit Hilfe biometrischer Methoden. Die externe Datensicherung ist mit einem Anteil von 55% das am häufigsten genannte Sicherheitsverfahren.

Die Bedeutung des Themas IKT-Sicherheit spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass bereits jedes dritte Unternehmen (32%) mit zehn und mehr Beschäftigten in Deutschland über ein formell festgelegtes Konzept zur IKT-Sicherheit verfügt.

Weitere Ergebnisse der aktuellen Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen sind kostenlos über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter [www-ec.destatis.de](http://www-ec.destatis.de) erhältlich.

## Zensus, Bevölkerung, Finanzen und Steuern

### Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) geändert

Das Jahressteuergesetz 2010 (JStG 2010) vom 8. Dezember 2010 ist am 13. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1768) verkündet worden.

Durch Artikel 15 wurde das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) geändert. Im Wesentlichen handelt es sich um folgende Änderungen:

Sowohl für die Geschäftsstatistiken im Bereich der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer als auch für die Bundesstatistiken nach § 1 Absatz 1 StStatG dürfen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Auftrag oberster Finanzbehörden des Bundes und der Länder die steuerlichen Einzeldaten mittels sicheren Datentransfers auch direkt an von diesen beauftragte Forschungseinrichtungen übermitteln. Die Änderungen dienen ausschließlich der Vereinfachung der Datenübermittlung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den von den obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern beauftragten Forschungseinrichtungen.

Nach § 139a Absatz 1 der Abgabenordnung erhalten natürliche Personen eine Identifikationsnummer und wirtschaftlich Tätige eine Wirtschafts-Identifikationsnummer. Diese Identifikationsmerkmale wurden in § 5 StStatG zusätzlich als Hilfsmerkmale aufgenommen. Wenn und soweit die Identifikationsmerkmale an die Stelle der bisherigen Steuernummern treten, sichern sie die Durchführbarkeit der Steuerstatistiken. Die Aufnahme der Identifikationsmerkmale als Hilfsmerkmale verbessert die Qualität der Ergebnisse und reduziert den Aufwand bei der Verarbeitung der Daten.

Das geänderte Gesetz über Steuerstatistiken ist am 14. Dezember 2010 in Kraft getreten.

### **Neues Luftverkehrsteuergesetz (LuftVStG) eingeführt**

Das Haushaltsbegleitgesetz vom 9. Dezember 2010 ist am 14. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1885) verkündet worden.

Durch Artikel 1 wird ein neues Stammgesetz, das Luftverkehrsteuergesetz (LuftVStG), eingeführt. § 15 LuftVStG dient als Rechtsgrundlage für die Auswertung von Geschäftsstatistiken durch das Statistische Bundesamt. Aufgrund dieser Vorschrift können nach näherer Bestimmung des Bundesministeriums der Finanzen die Hauptzollämter für statistische Zwecke Erhebungen über die nach diesem Gesetz steuerrelevanten Verkehrsdaten anstellen und die Ergebnisse dem Statistischen Bundesamt zur Auswertung mitteilen. Des Weiteren können die Bundesfinanzbehörden dem Statistischen Bundesamt auch

bereits aufbereitete Daten zur Darstellung und Veröffentlichung für allgemeine Zwecke übermitteln.

Nach der Inkrafttretensregelung (Artikel 24 des Gesetzes) ist Artikel 1 mit Ausnahme des § 5 Nummer 5 LuftVStG, der zuvor noch einer beihilferechtlichen Genehmigung der Europäischen Kommission bedarf, am 15. Dezember 2010 in Kraft getreten.

### **Neue Durchführungsverordnung über Volks- und Wohnungszählungen**

Am 29. Dezember 2010 tritt die Verordnung (EU) Nr. 1151/2010 der Kommission vom 8. Dezember 2010 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die Modalitäten und die Struktur der Qualitätsberichte sowie das technische Format der Datenübermittlung in Kraft. In der Verordnung werden die Modalitäten und die Struktur der von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Berichte über die Qualität ihrer Volks- und Wohnungszählungsdaten, die sie der Kommission (Eurostat) für das Bezugsjahr 2011 übermitteln, sowie das technische Format der Datenübermittlung festgelegt.

### **Zensus 2011: Start der Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung**

Ein Großteil der Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer ist im Oktober und November 2010 erstmals direkt mit dem Zensus 2011 in Berührung gekommen: In vielen Bundesländern wurden Fragebogen zur Vorbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung verschickt. Parallel dazu startete das Statistische Bundesamt eine bundesweite Anzeigenkampagne, um alle Einwohnerinnen und Einwohner über den Zensus 2011 zu informieren.

Die Statistischen Ämter der Länder haben die Aufgabe, die Eigentümerinnen und Eigentümer sämtlicher Gebäude mit Wohnraum festzustellen, denn diese werden im kommenden Jahr bei der Gebäude- und Wohnungszählung um Auskunft gebeten. Die Vorbefragung dient im Wesentlichen dazu, die bislang recherchierten Adressen zu korrigieren beziehungsweise zu vervollständigen. Außerdem erleichtert sie die Organisation der Gebäude- und Wohnungszählung zum Zensusstichtag 9. Mai 2011.

Die Vorbefragung wurde nicht in allen Bundesländern flächendeckend durchgeführt, es wurden also nicht alle

Haus- und Wohnungseigentümer im Rahmen der Vorbefragung angeschrieben. Der Versandtermin der Fragebogen variierte von Bundesland zu Bundesland: Den Anfang machte im Oktober 2010 das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, im November 2010 baten dann auch die übrigen Bundesländer die Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum um Auskunft.

Die Beantwortung des Fragebogens konnte auf zwei Wegen erfolgen: Zum einen konnten die Eigentümer und Eigentümerinnen den erhaltenen Fragebogen ausfüllen und innerhalb von zwei Wochen per Post an die angegebene Adresse zurücksenden. Die statistischen Ämter boten aber auch die Möglichkeit an, die Angaben online – unter [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de) – zu melden. Die Zugangsdaten zum Online-Meldeverfahren – Fragebogennummer und Aktivierungscode – waren auf dem Fragebogen eingedruckt.

Neben der Anzeigenkampagne des Statistischen Bundesamtes wurden von den statistischen Ämtern eigens für die Vorbefragung telefonische Service-Hotlines eingerichtet, um die Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner schnell und kompetent zu beantworten. Das gemeinsame Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de) – hält darüber hinaus umfassende Informationen zum Zensus bereit.

### Durchschnittliche Kinderzahl je Frau sinkt

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Jahr 2009 in Deutschland betrug 1,36. Damit war die zusammengefasste Geburtenziffer etwas niedriger als 2008 (1,38) und 2007 (1,37). Wie in den vergangenen Jahren ging im Jahr 2009 die durchschnittliche Zahl der Geburten bei jüngeren Frauen zurück, während sie bei den Frauen ab 33 Jahren zunahm. 2009 kamen rund 665 000 Kinder zur Welt, etwa 17 000 weniger als 2008. Unter den Bundesländern wiesen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern 2009 die höchsten Geburtenziffern auf. Die geringsten Werte gab es in den Stadtstaaten und dem Saarland.

Basisdaten und lange Zeitreihen zur Statistik der Geburten können kostenfrei über die Tabelle [Geburtenziffern \(12612-0102\)](#) in der GENESIS-Online Datenbank abgerufen werden.

Weitere Daten und Informationen können kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75 2395 oder unser [Kontaktformular](#).

## Umwelt

### Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2010

Unter dem Titel „Rohstoffeffizienz: Wirtschaft entlasten, Umwelt schonen“ veranstaltete das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Umweltbundesamt am 17. November 2010 in Berlin die diesjährige Pressekonferenz zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Was verbirgt sich hinter dem Indikator Rohstoffproduktivität? Wie hat er sich entwickelt? Wie kann ein sparsamer Einsatz von Rohstoffen die Umwelt entlasten? Welche technischen Möglichkeiten gibt es, Produkte rohstoffeffizienter herzustellen? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt der Pressekonferenz.

Der Materialbedarf der deutschen Wirtschaft ist im Jahr 2008 um 39 Millionen Tonnen gegenüber dem Jahr 2000 gesunken. Dabei gab es zwei gegenläufige Tendenzen. Einerseits ging die Rohstoffentnahme im Inland deutlich – und zwar um 123 Millionen Tonnen – zurück, andererseits stiegen die Importe im gleichen Zeitraum um 84 Millionen Tonnen.

Auf der Pressekonferenz wurden auch zentrale Ergebnisse eines Forschungsprojektes vorgestellt, das beim Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt durchgeführt wurde. In diesem Projekt wurden erstmals auch die Rohstoffe berechnet, die im Ausland für die Herstellung der deutschen Importgüter eingesetzt werden. Diese Größe bezeichnet man als „indirekte“ Importe oder bildlich gesprochen als „Rohstoffrucksäcke“ der Importe. Sie sind insbesondere unter dem Aspekt der globalen Verantwortung für Rohstoffverbrauch und Umweltbelastungen von Interesse. Ein wesentliches Ergebnis des Projektes ist, dass im Jahr 2008 je Kilogramm deutscher Importgüter durchschnittlich rund 5 Kilogramm an Rohstoffen im Ausland eingesetzt wurden. Hiernach ergibt sich ein neues Bild bei der Entwicklung des Materialeinsatzes: Während also der tatsächliche Materialbedarf von 2000 bis 2008 um 39 Millionen Tonnen zurückgegangen ist, läge der Materialbedarf einschließlich der „Rohstoffrucksäcke“ 2008 um 134 Millionen Tonnen höher als im Jahr 2000.

Detaillierte Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen enthalten die Unterlagen zur Pressekonferenz „Rohstoffeffizienz: Wirtschaft entlasten, Umwelt schonen“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes

unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) kostenlos abgerufen werden können.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2464 oder unser [Kontaktformular](#).

## Gesundheit, Bildung

### Demografischer Wandel: Zunahme der Engpässe beim Pflegepersonal

Der demografische Wandel wird zu einem Personalmangel bei Pflegekräften führen: Im Jahr 2025 werden rund 152 000 Beschäftigte in Pflegeberufen fehlen, um die dann zu erwartende Zahl an Krankenhauspatientinnen und -patienten sowie Pflegebedürftigen versorgen zu können. Dies zeigen Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

Berechnungen des BIBB auf Grundlage des Mikrozensus ergeben, dass im Jahr 2005 rund drei Viertel der ausgebildeten Pflegekräfte in ihrem erlernten Beruf arbeiteten. Hierzu zählen Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/-pfleger einschließlich Hebammen und Entbindungspfleger, Gesundheits- und Krankenpflegehelferinnen/-helfer und Altenpflegerinnen und Altenpfleger einschließlich Altenpflegehelferinnen/-helfer. Diese stellten aber nur 56,4% aller Beschäftigten in Pflegeberufen dar. Bereits im Jahr 2005 hätte es einen Arbeitskräftemangel gegeben, wenn nur ausgebildete Pflegekräfte berücksichtigt worden wären: 39 000 ausgebildete Pflegevollkräfte haben gefehlt. Bislang konnte der Bedarf an Pflegepersonal aber noch über ungelernete beziehungsweise angelernte Pflegekräfte kompensiert werden.

Die Studien von Destatis auf Grundlage des Mikrozensus verdeutlichen, dass dem steigenden Pflegepersonalbedarf begegnet werden könnte, wenn in Westdeutschland dieselbe Beschäftigungsstruktur wie in Ostdeutschland erreicht würde – mit mehr Voll- statt Teilzeitbeschäftigten. Hierdurch würde die Zahl der Pflegevollkräfte um 9,5% ansteigen, wodurch sich der Engpass im Jahr 2025 auf 34 000 Vollkräfte verringern würde. Erforderlich hierfür wäre jedoch ein Trend zu mehr Arbeitsstunden beziehungsweise Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen in den Pflegeberufen. Dieser Trend lässt sich jedoch seit Beginn des Jahrtausends nicht erkennen. Vielmehr stellt eine Teilzeitbeschäftigung, vor allem bei westdeutschen

Frauen, eine bewusste Entscheidung dar: So geben 69% des weiblichen Pflegepersonals im Jahr 2005 im früheren Bundesgebiet laut Mikrozensus persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Hauptgrund für ihre Teilzeitbeschäftigung an.

Bei den Modellrechnungen wurde der Bedarf an Pflegevollkräften aus der Gesundheitspersonalrechnung und der Vorausberechnung der Zahl der Krankenhaufälle und Pflegebedürftigen von Destatis ermittelt. Die Entwicklung des Angebots wurde über das BIBB-DEMOS-Modell geschätzt, indem die Pflegevollkräfte aus der Projektion der Beschäftigten in den Gesundheitsberufen ohne Approbation abgeleitet wurden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unser [Kontaktformular](#) bzw. unsere Rufnummer 0611/75-8128 oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung unter der Rufnummer 0228/107-2043.

### Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen sind die häufigste Todesursachen bei Kindern

Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen sind die häufigsten Todesursachen bei Kindern und Jugendlichen zwischen 1 und 19 Jahren. Im Jahr 2008 starben 1 113 Kinder und Jugendliche an den Folgen von Unfällen, Gewalt oder Selbstverletzungen. Das waren 43% aller Todesfälle in dieser Altersgruppe.

Bei den Krankenhauseinweisungen spielen Verletzungen und Vergiftungen eine maßgebliche Rolle.

Detaillierte Ergebnisse aus der amtlichen Statistik und epidemiologische Analysen zum Unfall- und Verletzungsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen bietet der neue Fachbericht „Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen bei Kindern und Jugendlichen“, der im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter [www-ec.destatis.de](http://www-ec.destatis.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung steht.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8169 oder unser [Kontaktformular](#).

### Trend zur Höherqualifizierung in der Ausbildung hält an

Der Trend der letzten Jahre zu höherqualifizierenden Ausbildungsformen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen setzt sich fort: Während die Neuzugänge in die Berufsausbildung oder in Qualifizierungsprogramme im Übergangsbereich seit dem Jahr 2005 tendenziell abnehmen, erhö-

hen sich die Zugangszahlen in Bildungsgänge, die zur Hochschulreife führen, und die Zahl der Studienanfänger. Nach wie vor begannen im Jahr 2009 die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen – insgesamt 723 900 Personen – eine voll qualifizierende Berufsausbildung. Gegenüber 2005 ging die Zahl allerdings um 2,1% zurück. Diese und weitere Ergebnisse hat das Projekt zur „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vorgestellt. Um die Nutzung der Angebote nach dem Verlassen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen umfassend darzustellen, wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bereits vorliegende Daten der amtlichen Statistik neu ausgewertet. Weitere Information zum Thema finden Sie auch im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)), in der Themenrubrik „Bildung, Forschung und Kultur“, sowie in den Pressemitteilungen des Hessischen Statistischen Landesamtes ([www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)) und des Bundesinstituts für Berufsbildung ([www.bibb.de](http://www.bibb.de)). Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-4140 oder unser [Kontaktformular](#).

## Personalnachrichten

### Statistisches Bundesamt

Regierungsdirektor Albert Braakmann, Leiter in der Gruppe D 2 „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Arbeitsmarkt“, wurde zum Leitenden Regierungsdirektor ernannt. Diplom Ingenieurin Susanne Schepp, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates in der Gruppe A 1-PG „Gesamtsanierung“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Oberregierungsrätin Sarah Gießing wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates C 104 „Statistische Geheimhaltungsverfahren; Imputationsverfahren“ beauftragt.

Oberregierungsrat Thorsten Tümmeler, mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referates E 204 „Produktion der Industrie; Europäische „PRODCOM“-Statistik; Fachstatistiken“ beauftragt, wurde die Leitung des Referates übertragen.

Oberregierungsrat Florian Burg, Leiter des Referates F 310 „Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern, Steuerhaushalt,

Realsteuervergleich“, wurde in das Referat D 304 „Zwischenörtliche Preisvergleiche, Parteienindex“ umgesetzt.

### Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Regierungsdirektor Erich Stutzer, Leiter des Referats 63 „Sozialwissenschaftliche Analysen, Familienforschung Baden-Württemberg“, wurde am 18. Oktober 2010 zum stellvertretenden Leiter der Abteilung 6 „Informationsdienste, Veröffentlichungswesen, soziale- und regionalwissenschaftliche Analysen“ ernannt.

Zum 15. November 2010 wurde Herr Regierungsdirektor Jochen Köcker zum Referatsleiter 12 „Organisation, Innerer Dienst, Haushalt, Controlling“ ernannt.

Zum 29. November 2010 wurde Herr Regierungsdirektor Dr. Helmut Laun, Leiter der Abteilung 5 „Finanzen und Steuern, Preise und Verdienste, Soziale Sicherung“, zum Leitenden Regierungsdirektor ernannt.

Zum 1. Januar 2011 wird Frau Regierungsdirektorin Dr. Gabi Meissner, Referatsleiterin Referat 11 „Personal, Rechtsfragen, Datenschutz, Aus- und Fortbildung“, das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verlassen.

### Statistisches Landesamt Bremen

Regierungsdirektor Karl Schlichting, Leiter der Abteilung 2 „Bevölkerung und Staat“ und Wahlbereichsleiter für den Wahlbereich Bremen, wird mit Ablauf des Monats Dezember in den Ruhestand versetzt.

## Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
<b>Tagungen im Zeitraum Oktober bis Dezember 2010*</b>		
4./5. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
6./7. Oktober 2010	Stuttgart	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
7./8. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
11. - 14. Oktober 2010	München	Statistische Woche
12./13. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
13./14. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
25./26. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
26. Oktober 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Berufsbildungsstatistik“
26./27. Oktober 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
26. - 28. Oktober 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
27./28. Oktober 2010	Bonn	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
27./28. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
4./5. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
5. November 2010	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
8./9. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
9./10. November 2010	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
9./10. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“

---

\* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
10./11. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
11./12. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
15./16. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
23./24. November 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
24./25. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
30. November/ 1. Dezember 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
8./9. Dezember 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“

#### Tagungen im Zeitraum Januar bis Juni 2011\*

1. Februar 2011	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
2./3. Februar 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
14. Februar 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Tourismusstatistik“
22./23. Februar 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
22./23. Februar 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
1./2. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
15./16. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
15. - 17. März 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
16./17. März 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
21./22. März 2011	Nürnberg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

---

\* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

<b>Tagungstermin</b>	<b>Tagungsort</b>	<b>Tagung</b>
22./23. März 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29./30. März 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
Ende März 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
5./6. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
6./7. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
6./7. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
12./13. April 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
13./14. April 2011	Bad Ems	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
13./14. April 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
3./4. Mai 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
4./5. Mai 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
10./11. Mai 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
11./12. Mai 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
17./18. Mai 2011	Wiesbaden	Fachausschuss „Preise und Verdienste“
17. - 19. Mai 2011	Nordrhein-Westfalen	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
30./31. Mai 2011	Berlin	Amtsleiterkonferenz
Ende Mai 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
7. - 9. Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“ und Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
9. Juni 2011	Wiesbaden	Statistischer Beirat
21./22. Juni 2011	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“

<b>Tagungstermin</b>	<b>Tagungsort</b>	<b>Tagung</b>
28. Juni 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“
28./29. Juni 2011	Bayern	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29. Juni 2011	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
29./30. Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“
30. Juni 2011	Bonn	Referentenbesprechung „Flächenstatistik“

Organisationsplan

Stand: 13. Dezember 2010, Aktenzeichen: A101/13010011-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden

Zweigstelle Bonn Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

i-Punkt Berlin Internet: http://www.destatis.de E-Mail: i.punkt@destatis.de

- Legend for office locations: Dienstort Wiesbaden, Dienstort Wiesbaden/Bonn, Dienstort Bonn, Dienstort Berlin

10) Zweigstelle Bonn 11) zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn